

Antrag 1: Konsequenzen aus dem rassistischen Leserbrief im Grazer Stadtblatt ziehen  
eingebracht von: Franz Schäfer

Der Parteitag fordert die Gremien der steirischen Landesorganisation auf sich mit dem rassistischen Leserbrief, der im Grazer Stadtblatt abgedruckt worden ist, auseinander zu setzen. Die Gremien sollen klären, wo die politische Verantwortung für diesen Skandal liegt und entsprechende Schritte einleiten, die verhindern, dass Ähnliches in Zukunft noch einmal vorkommen kann.

Die Gremien der steirischen Landesorganisation werden weiters aufgefordert, dem Bundesvorstand über die gesetzten Schritte zu berichten.

Sollte binnen 6 Monaten keine adäquate Lösung gefunden worden sein, so fordere ich hiemit den Bundesvorstand auf, entsprechend aktiv zu werden.

Begründung:

In der Ausgabe des Grazer Stadtblattes (eine Zeitung der Grazer KP) vom April 2006 findet sich auf Seite 14 ein rassistischer Leserbrief. (siehe Anhang).

Die steirische Landesorganisation der KPÖ ist dafür bekannt, dass sie MigrantInnenrechte nicht unbedingt in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt, aber offener Rassismus ist noch einmal etwas anderes. Der Leserbrief war der einzige in dieser Ausgabe und wurde nicht zufällig abgedruckt.

Hier der Leserbrief im Wortlaut:

Spannungen zwischen Kulturen

In einer Phase deutlicher Spannungen zwischen den Kulturen (Karikaturenstreit..) erlebe und beobachte ich seit mehr als einem Jahr in meiner unmittelbaren Wohnumgebung einen Vorgang, der es durchaus in sich hat, diese Spannungen auf lokaler Grazer Ebene wesentlich zu verstärken, auch der wieder deutlicher werdenden Ablehnung von Fremden oder ausländischen Mitbürgern Vorschub zu leisten.

In der Neubaugasse 67 fand vor ca. zwei Jahren die Bauverhandlung betreffend des Vereins "Liga für internationalen Kulturaustausch" statt. Es war schon zu diesem Zeitpunkt nicht klar formuliert, was genau die Ziele und Inhalte dieses Vereins darstellen, klar war, dass es sich um eine moslemische Interessensgruppe handelte. Der Bezirksvorsteher Otto Trafella betonte im Zuge dieser Bauverhandlung (in Anspielung auf einen anderen islamischen Verein, der in der Josefigasse den betroffenen Anrainern große Probleme gemacht hatte), er werde ein waches Auge auf die Sache werfen und die Interessen der Anrainer wohl vertreten.

Bald schon entwickelte sich die Liegenschaft Neubaugasse 67 zu einem überaus stark frequentierten Umschlagplatz: Tag und Nacht kamen und gingen Menschen, von morgens um ca. 5.30 Uhr bis in die Nacht fanden diverse Treffen statt.

Samstags und sonntags funktioniert das Anwesen als eine Art Kindergarten: die Kinder befinden sich dann die meiste Zeit im (offenen) Innenhof, unbeaufsichtigt; von Wochenendruhe kann keine Rede mehr sein. Weihnachtsruhe übrigens fand ebenfalls nicht statt.

Grundsätzlich ist die Lärm-, Verkehrs- u. damit Schmutzbelästigung

unverhältnismäßig gestiegen, die Wohnqualität für die Anrainer wesentlich gemindert. Meine bisherigen Versuche, zuständige Stellen der Stadt für den Fall zu interessieren, haben gezeigt, daß man von dieser Seite die Interessen und Sorgen der Bürger nicht wirklich wahrnehmen will: niemand will verantwortlich sein.

Ist das gerade angesagte "praktical correctness" oder stecken möglicherweise irgendwelche diffusen Interessen darüber? Die Herrschaften sollten wissen, dass die Vorgänge in diesem Verein immerhin schon zu einer Observierung der Staatspolizei geführt haben (wegen der Gastpredigt eines angeblichen "Hass"-Predigers!)

Ich appelliere hiermit an die politisch Zuständigen, sich der Sache anzunehmen und sich mit allen Betroffenen zur Klärung an einen Tisch zu setzen.

Mag. Willi Bernhart, Graz

-----